

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 4, 19. Februar 2004

Institut für Historisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Pankowstraße 46, 10119 Berlin
Tel./Fax: 030 / 511 62 49
Blz.: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 0670017787

Einblicke

Keine Gleichsetzung

Von Moshe Stein

Mit dem Beschluss, die Juden in Europa auszurotten, war das Schicksal aller im Bereich der NS-Herrschaft lebenden Juden besiegelt. Es gab kein Entrinnen. Das macht den Holocaust auf unabsehbare Zeit singulär. Vergleiche sind zulässig. Gleichsetzungen in keinem Fall.

In dem neuen Gesetz zur „Stiftung Gedenkstätten“ in Sachsen wird offenbar doch eine Gleichsetzung angestrebt. Es ist der unerhörte Versuch, die Millionen NS-Opfer mit den Opfern der SED-Diktatur auf eine Ebene zu stellen. Unterstützt wird der Freistaat von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die ihr neues Gleichschaltungsgesetz ausgerechnet am 30. Januar im Bundestag einbringen wollte. Die Geschmacklosigkeit ist der Union offenbar erst nachträglich klar geworden. Nun soll das im März nachgeholt werden – 60 Jahre nach dem ersten NS-Gleichschaltungsgesetz von 1934, das alle Unterschiede staatlichen Handelns zwischen dem Reich, den Ländern und den Kommunen im „Dritten Reich“ beseitigte. Wer aus politischer, religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung handelt und deshalb verfolgt wird, verdient geachtet und geehrt zu werden. Da gibt es keinen Unterschied zwischen Religionen, Parteien und Organisationen. Viele haben gelitten, wurden gequält und ermordet.

Nur bei den Juden verfahren die Nazis anders. Durch die „Endlösung der Judenfrage“ hatten die Juden aus rassistischen Gründen keine Chance zu überleben. Hier liegt unauslöschlich der Unterschied zwischen den Opfern aller Diktaturen und den jüdischen der NS-Herrschaft. Wer den verwischen will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, gleichschalten zu wollen. Das kann weder in Sachsen noch bei der CDU/CSU-Fraktion beabsichtigt sein. Die Landesregierung in Dresden und die Fraktionsspitze im Bundestag sollten ihre Pläne sorgfältig überprüfen und ändern. Dann könnten die Zentralräte der Juden sowie der Sinti und Roma vielleicht in die Gremien der Gedenkstätten zurückkehren.

Hauptaktionsfeld

Die norddeutschen Neonazis werben mit einer gezielten Kampagne vor den Schulen um Nachwuchs.

Seite 2 ■

Rühriges Trüppchen

Das Aktionsbüro Mittelhessen gewinnt in der Struktur der braunen Szene an Bedeutung.

Seite 5 ■

Kaum Erfolgchancen

Im Hamburger Wahlkampf stehen sich die zwei Schill-Parteien untereinander selbst im Weg.

Seite 7 ■

Rechte im Aufwind

Dem französischen Front National werden für die Regionalwahlen im März Ergebnisse von mehr als 15 Prozent prognostiziert.

Seite 8 ■

Die Lebensuhr tickt

Ein Verein will schnell und unbürokratisch die leer ausgegangenen NS-Zwangsarbeiter finanziell unterstützen.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**„Schuloffensive“**

Das Gebiet zwischen Elbe und Weser ist zurzeit ein Hauptaktionsfeld der norddeutschen Neonazis. Gezielt verteilen sie unter Schülern Propagandaschriften.

Sein Hauptquartier ist die kleine Mietwohnung in einem weißen Einfamilienhaus nahe der Autobahn, am Rande der Kleinstadt Achim bei Bremen. Von dort zieht der Neonazi Florian Cordes seine Fäden. Denn zurzeit scheut der ehemalige niedersächsische Landesvorsitzende der JN die Öffentlichkeit, aber seinen „Stützpunkt“ im Bremer Umland scheint er dennoch zu einem der aktivsten in Norddeutschland ausbauen zu können. Jetzt veranstalteten etwa 20 führende Neonazis aus der Region am 7. Februar eine JN-Kundgebung auf dem Rathausplatz in Verden/Aller, allerdings unter dem lauten Pfeifkonzert von Anwohnern und Antifaschisten. Cordes hielt Kontakt – per Handy. Die jungen Neonazis hören auf sein Kommando.

Cordes ist seit vielen Jahren Teil der norddeutschen neonazistischen Kaderstruktur, er kennt die wichtigsten Leute. Deshalb werden auch seine jungen Anhänger in Verden sofort von Niedersachsens wohl bekanntestem Neonazi, Rigolf Hennig, willkommen geheißen. Obwohl Cordes sich als Parteisolddat sieht, arbeitet er seit Jahren eng mit seinem Freund, dem Chef der „Kameradschaft Weser-Ems“, Robert Warnecke zusammen. Einige von seinen Anhängern, wie Sven Wellhausen aus Blender, treten als Doppelfunktionäre in Erscheinung.

Tendenziell scheint das auch der in Niedersachsen durch das Aktionsbüro Norddeutschland vorgegebene Kurs zu sein: gemeinsame Aktionen zwischen Freien Kameradschaften und NPD für das Frühjahr 2004. Für Cordes und Warnecke jedoch nichts Neues. Der große schwergewichtige Warnecke aus Schwarme genießt vor allem in der bundesweiten Rechtsrock-Szene einen guten Ruf, seitdem er führenden Neonazis aus der Patsche half und ein in Nordrhein-Westfalen untersagtes Konzert in seine angemietete Scheune in Kirchseele bei Bremen verlegte. Auch glatzköpfige Mitglieder der Bremer Nazi-Band „Endlöser“ gehörten zu seinen Besuchern. Im Forum seiner Internetpräsenz tummeln sich Kameradschaften aus dem gesamten Bundesgebiet.

Im Aktionsplan der norddeutschen Neonazis übernehmen die Aktivisten aus dem Gebiet zwischen Elbe und Weser eine immer wichtigere Rolle, das Flächenland zwischen Buxtehude und Nienburg ist zurzeit eines der Hauptaktionsfelder. Seitdem Cordes von seinem politischen Höhenflug aus dem Landesvorstand der JN in Niedersachsen zurück an die Basis gekehrt ist, wird die so genannte „Schuloffensive der JN“ – „Den Nationalismus in die Schulen tragen“ – groß aufgezogen. Inzwischen räumen auch Polizei und Verfassungsschutzbehörden ein, dass das alte Gespann Cordes (JN) und Warnecke (Kameradschaft Weser-Ems) wieder höchst aktiv ist. Deren Tatendrang ist auch unübersehbar, denn seit Mitte November stehen Neonazis im Morgengrauen direkt vor dem Gelände diverser Schulen und verteilen hunderte einschlägiger Parteiflugblätter an Kinder, die gerade aus dem Bus ausgestiegen auf dem Weg zur Schule sind. Neun Schulen sind in den letzten Wochen allein im Verden Bereich aufgesucht worden. „Nach und nach“ sollen alle Schulen in den Landkreisen aufgesucht werden. Die Neonazi-Strategen wollen mit Hilfe der so genannten „Schuloffensive der JN“, also der Durchführung einer gezielten Flugblattkampagne zu aktuellen Themen wie „Drogen, Überfremdung, US-Imperialismus, Bildungskatastrophe“ eine „nationale Gegenöffentlichkeit“ schaffen, wie es auf der NPD-Homepage heißt.

■ **Jugendliche aufsuchen und für die „Erlebniswelt“ Neonazismus anwerben** ■

Keine neue Kampagne, aber in ihrer Stärke und ihrem gezielten Auftreten doch eine nicht zu unterschätzende Entwicklung. Experten wie Reinhard Koch von der Arbeitsstelle für Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig sehen zudem auch eine neue Qualität im Auftritt der neonazistischen Rattenfänger, denn sie gehen heute schneller auch auf kleine Gruppen junger Interessierter zu. Es reichen zwei, drei Jungen aus einer Gegend, die sich an das JN-Postfach in Langwedel wenden oder die Rechtsextremisten direkt ansprechen. Früher wartete man, bis genügend Leute in einer Region beisammen waren, aber für die Bildung einer rechten Kleinstzelle reichen inzwischen wenige. Die Jugendlichen werden sofort zuhause oder in ihrer Umgebung aufgesucht und für die „Erlebniswelt“ Neonazismus angeworben.

Eine juristische Handhabe gegen die neonazistischen Belästigungen an den Schulen gibt es kaum,

die Aktivisten verschwinden sofort nach Erscheinen der Polizei. Dennoch haben einige couragierte Lehrer Anzeige erstattet. Aber noch fehlt es an kreativen Gegenkonzepten.

Voller Stolz, aber maßlos übertrieben berichten die Neonazis auf den Seiten der NPD Verden-Rotenburg über ihre eifrigen Verteilaktionen. „Ganz besonders lustig waren an der Schule die massiv auftretenden ‘Pädagogen’, die verzweifelt versuchten die Aktion zu verhindern“, höhnen die Rechtsradikalen über engagierte Bemühungen am Schulzentrum Thedinghausen, sie aufzuhalten.

Vom Aktionismus der NPD-Anhänger angespornt, zieht jetzt auch Warneckes Kameradschaft nach. Innerhalb einer Woche verteilten Kameraden seiner Truppe Flugblätter an Schulen in Kirchweyhe und Leeste. Die Thematik ist eine andere: der „Bombenterror“ auf Dresden – eine Anspielung auf die Neonazi-Demonstration mit dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger in der ostdeutschen Elbmetropole am 14. Februar.

■ Regelmäßige Schulungen in der „NPD-Scheune“ ■

„Cordes hat das Know how“, bestätigt Maren Brandenburger vom Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen. Ansonsten lässt er den Kameraden aus der zweiten Reihe momentan den Vortritt. Es habe „finanzielle Unregelmäßigkeiten“ innerhalb der Jungen Nationaldemokraten gegeben, heißt es. „Die JN ist faktisch in Niedersachsen nicht mehr existent, ließen die Beobachter aus Hannover vor einiger Zeit verlauten. Aber ob Cordes die Partei jemals verlassen hat, bleibt anzuzweifeln. Er ist weiterhin Ansprechpartner der NPD in den Landkreisen Verden und Rotenburg. An Neonazi-Demonstrationen im norddeutschen Raum nimmt er gemeinsam mit seiner Freundin teil.“

Inzwischen haben Cordes und seine Kameraden die neonazistische Zeitung „Der Rebell“ wieder auf den Markt gebracht. Bereits 2001 erschien das Pamphlet vierteljährlich mit einer Auflage von tausend Stück. Die ersten Exemplare wurden im Januar in Achim vor dem Schulzentrum verteilt. In dem „nationalistischen Informationsblatt für Schülerinnen und Schüler“ verhöhnen die Neonazis angebliche Klischeevorstellungen vieler Lehrer mit dem Fazit „Na dann lügt mal schön weiter!“ Die Schüler werden dagegen aufgefordert, Widerstand zu üben,

„auf allen Ebenen. Ob auf der Straße, in den Schulen, Jugendhäusern und im eigenen Elternhaus“.

Bereits 2001 zählte die Gruppe um Cordes und Warnecke zu den aktivsten in Norddeutschland. Die jungen neonazistischen Kader wurden fast alle vierzehn Tage geschult, meistens in der „NPD-Scheune“ des ehemaligen Bankangestellten Adolf Dammann in Bargstedt im Landkreis Stade. Für die regelmäßigen „Stützpunkt“-Schulungen war überwiegend Stefan Lux zuständig. So referierte er am 3. März zum Thema Gesprächstechniken, am 7. April 2001 über „Verhalten gegenüber Polizei und Geheimdiensten“, am nächsten Tag ging es weiter mit der „Entwicklung des Multikulturalismus anhand US-amerikanischer und kanadischer Großstädte“. „Die werden geschult ohne Ende“, erzählt ein Aussteiger. Manchmal fanden in Bargstedt auch Konzerte statt. Anwohner in Bargstedt berichten, dass im Frühjahr 2003 etwa 150 Neonazis ein Rechtsrock-Konzert in Dammanns „Alter Mühle“ abhielten. Ansonsten treffen sich dort kleine Gruppen regelmäßig. Die Menschen in dem kleinen Dorf haben Angst, immer wieder suchen alkoholisierte Neonazis Dorffeste auf und fangen Streitereien an.

Bei der Neonazi-Demonstration des Aktionsbüros Norddeutschland gegen die Wehrmachtsausstellung am 31. Januar 2004 in Hamburg übernahmen Kader aus dem Gebiet zwischen Elbe und Weser den Ordnerdienst, wie Robert Warnecke und Hendrik Ostendorf aus Bremen. Ansonsten gehören Sven Wellhausen aus Blender und Sascha Jörg Schüler zu den eifrigsten Gefolgsleuten von Cordes. Schüler zeichnet bereits seit Jahren verantwortlich für Flugblätter aus dem Bereich Stade, jetzt aber auch für die Neuauflage des „Rebell“. Als am 12. Januar etwa 25 Neonazis, unter ihnen Adolf Dammann und Reinhold Oberlercher, eine Podiumsveranstaltung von Buxtehuder Schülern störten, stand Schülers Name unter dem hetzerischen Flugblatt „Vorsicht Menschenjagd!“, das die Neonazis in der Volkshochschule verteilten. Auch Michael Schäfer aus Soltau-Fallingb. ist seit Jahren im rechtsextremen Lager aktiv, er gilt ebenso als gewaltbereit wie einige der sehr jungen Anhänger aus dem Umfeld von Cordes und Warnecke. Der 19-jährige Malte B. ist seit bereits fünf Jahren in der rechten Szene aktiv, er fehlt bei kaum einem Aufmarsch. Bei ihren Bemühungen, im Wesergebiet neue Anhänger zu rekrutieren werden die jungen NPDler auch vom Bremer Kameraden Daniel Fürstenberg unterstützt.

Andrea Röpke

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser
des „blick nach rechts“,

zum Jahresbeginn hatten wir es bereits angekündigt: der „blick nach rechts“ wird sich in den nächsten Monaten erheblich verändern. Seit 20 Jahren gibt es den „blick nach rechts“ jetzt alle 14 Tage auf gelbem Papier. Dies wird künftig nicht mehr so sein. Wegen sich verändernder Informationsgewohnheiten und auch aus Kostengründen haben wir uns entschlossen, den „blick nach rechts“ künftig vollständig im Internet erscheinen zu lassen. Dadurch sind wir in der Lage, schneller Informationen zu liefern. Aktuelle Kurznachrichten werden von uns regelmäßig ins Netz gestellt und sind kostenfrei zu lesen.

Also: der „blick nach rechts“ erscheint nach wie vor alle 14 Tage, nur eben online. Als Abonnent können Sie dann selbst entscheiden, wie Sie den „blick nach rechts“ künftig lesen wollen: jeden einzelnen Artikel am Bildschirm oder ausgedruckt und damit wie bisher auf Papier. Und dies zu einem sehr viel günstigeren Preis, wie Sie bald selbst mit Überraschung feststellen werden. Wir lassen aber auch diejenigen unserer bisherigen Abonnenten, die keinen Internetzugang haben, nicht im Stich. Ihnen bieten wir die Möglichkeit an, weiterhin eine gedruckte Ausgabe des „blick nach rechts“ zu beziehen. Der Preis dafür wird allerdings deutlich über dem der Online-Ausgabe liegen müssen.

Weitere Details über den neuen „blick nach rechts“ werden wir Ihnen in den kommenden Ausgaben vorstellen.

Ihre „blick nach rechts“-Redaktion

Am Rande**Krudes Weltbild****Neue Ermittlungen gegen Horst Mahler.**

Kurz nach Beginn des Prozesses gegen den rechts-extremen Anwalt Horst Mahler und zwei Mitangeklagte hat die Berliner Staatsanwaltschaft zwei weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Horst Mahler hatte am 6. Februar vor dem Landgericht braune Parolen bis hin zur „Auschwitz-Lüge“ von sich gegeben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Auch in dem laufenden Prozess muss sich Mahler unter anderem wegen judenfeindlicher Äußerungen verantworten. Das zweite neue Ermittlungsverfahren richtet sich gegen Reinhold Oberlercher. Er hatte vor dem Gerichtssaal ein Flugblatt verteilt, in dem die Bundesrepublik als „völkerrechtswidriges Reichs- und Vernichtungsregime“ bezeichnet wird. Dies wertet die Staatsanwaltschaft als Verunglimpfung des Staates. In dem Prozess lautet die Anklage gegen Oberlercher auf Volksverhetzung.

Die Staatsanwaltschaft hält Mahler, Oberlercher und Uwe Meenen vor, sie hätten im Internet zum Hass gegen Ausländer gehetzt. Die drei Angeklagten zählen zur Splittergruppe „Deutsches Kolleg“, die auf ihrer Homepage im Oktober 2000 eine „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ publizierte. Die rassistischen Tiraden sollten offenbar eine Antwort sein – auf den von Bundeskanzler Schröder kurz zuvor verkündeten „Aufstand der Anständigen“. Oberlercher und Meenen werden vor Gericht von zwei Szene-Anwälten vertreten, die einst verbotene Neonazi-Organisationen angeführt haben.

Die Staatsanwaltschaft erhebt gegen Mahler noch einen Vorwurf. Der Anwalt soll im September 2002 vor der NPD-Zentrale in Berlin – Mahler vertrat die Partei im Verbotsverfahren – ein Schriftstück verteilt haben, in dem der Hass auf Juden als „das untrügliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems“ bezeichnet wird. Vor Gericht verlas Mahler ein langes Pamphlet und schmähte die Bundesrepublik als „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“. Dann nahm er sich der „Auschwitz-Lüge“ an. Seine Tiraden setzte er am zweiten Prozesstag stundenlang fort. Mahler sagte, Milliarden Menschen wären bereit, Adolf Hitler den Völkermord an den Juden zu verzeihen, „wenn er ihn denn begangen hätte“.

Frank Jansen

Aktivitäten

Verbale Militanz

Das Aktionsbündnis Mittelhessen hat sich zu einer rührigen Neonazi-Truppe entwickelt – mit einem neuen „Projekt“ sollen Jugendliche geködert werden.

Auch Neonazis haben Humor – könnte man jedenfalls meinen, wenn man den Bericht jenes „Volkstreuen Komitees für gute Ratschläge“ liest, das am letzten Samstag im August 2003 gleich in zehn hessischen Städten „jeweils circa 100 bis 120 Teilnehmer“ demonstrieren lassen wollte. Aus den zehn Demos wurde am Ende nur noch eine, und aus einigen hundert aufmarschierenden Kameraden wurden am Ende gerade einmal elf, die durch Marburg zogen: die „kleinste Demo Deutschlands“, bilanzierte das „Volkstreue Komitee“ anschließend. Von einer Schlappe mochten die Neonazis um den damals 24 Jahre alten Manuel Mann gleichwohl nicht sprechen: „Alles in allem ein erfolgreicher Marsch, wenn auch unterbesetzt. Wieder einmal ließen sich die Nationalisten in Marburg nicht von der Straße vertreiben“, tönten sie.

Ihr Faible für Kleinveranstaltungen bewiesen die Marburger Neonazis noch einmal am Tag vor Heiligabend, als sie nach Bekanntwerden des „Landser“-Urteils mit 15 Personen, „Freiheit für Landser!“ fordernd, durch die Stadt zogen. Inzwischen sind sie bei der Vorbereitung ihrer Aufmärsche etwas erfolgreicher. Als sie am 17. Januar eine Solidaritätsdemo für „Landser“ organisierten, kamen die Kameraden nicht mehr nur in Fußballmannschaftsstärke. Rund 100 von ihnen zogen durch Gladenbach – ein 15 Kilometer von Marburg entferntes Städtchen, in dem Mann aufgewachsen ist.

Mann ist stets mit von der Partie, wenn sich Neonazis im Mittelhessischen tummeln. Bereits 1999 war er Anmelder einer Demonstration des „Nationalen Widerstandes Hessen – Bündnis freier Nationalisten“ in Marburg gewesen. Anschließend war es in seiner Heimat aber etwas ruhiger um ihn geworden. Mann fiel eher im Zusammenhang mit einem inzwischen liquidierten Unternehmen für Internetdienstleistungen und Webhosting auf, das als Firmensitz die Wohnanschrift Manns im östlich von Marburg gelegenen Städtchen Amöneburg angab. Noch heute versuchen Gläubiger, Außenstände bei Mann einzutreiben. Ob der Name NWH-

Team eine Ableitung des Begriffs „Nationaler Widerstand Hessen“ ist, muss offen bleiben. Auffällig ist aber, dass neben Mann auch ein Rechtsextremist aus Nordrhein-Westfalen und zwei weitere Männer aus dem Umfeld der Marburger Neonazis für das Unternehmen arbeiteten.

Mann selbst absolvierte nach Informationen des „blick nach rechts“ im vorigen Jahr eine Ausbildung als Systemadministrator. Parallel dazu tauchte im Internet die professionell gemachte Seite eines „Aktionsbündnisses Mittelhessen“ auf. Es versteht sich als „Zusammenschluss von freien Kameradschaften in Mittelhessen“. Sieben Gruppen sollen ihm angehören: die Kameradschaften Marburger-Land, Marburg, Kirtorf, Gießen sowie Gießen-Land, die „Berserker Kirtorf“ und jenes „Volkstreue Komitee“. Einige dieser Organisationen dürften lediglich Mini-Gruppierungen sein, hinter denen Mann steht. Berichtet wird auf der umfangreichen Homepage über Aktivitäten der Szene – von Flugblattaktionen bis zum „Heldengedenken“. Eingeladen wird zu regelmäßigen Treffen alle zwei Wochen sonntags im Raum Marburg beziehungsweise in Kirtorf, wo in der Vergangenheit öfter Konzerte der Szene stattfanden. Relativ neu ist ein „Jugendprojekt“ des Aktionsbündnisses, das ganz offen als „Nazis in Mittelhessen“ firmiert. Jugendliche die „keinen Bock auf Eltern, Schule und Staat“ haben, sollen dort mit Konzerten, Grillfeten, Zeltlagern, Fahrten zum Baggersee, Brauereibesichtigungen oder Kirmesbesuchen geködert werden. Angemeldet sind die Internetseiten des Aktionsbündnisses wie seines Jugendprojekts – allerdings mit Manns Adresse – auf den Namen des Rechtsterroristen Kay Diesner, der unter anderem wegen eines Polizistenmordes in Schleswig-Holstein eine lebenslange Haft absitzt. Die zumindest verbale Militanz der hessischen Neonazis wird auch bei einem Blick in deren Zine „Marburger Land“ deutlich, in dem über einem Foto des brennenden World Trade Center in Runenschrift „Death To ZOG“ zu lesen ist.

Für den 21. Februar haben die mittelhessischen Neonazis ihren nächsten Aufmarsch geplant. Erneut in Gladenbach soll unter dem Motto „Stoppt die Repression gegen den Nationalen Widerstand“ demonstriert werden. Als Redner sind unter anderem Christian Worch und Gerd Ittner, Axel Reitz (KDS), aber auch die NPDler Thomas Hantusch und Doris Zutt angekündigt. Manuel Mann scheint inzwischen in Kaderkreisen akzeptiert zu sein. An der regionalen Basis fehlt es ihm noch. *Tomas Sager*

Aktivitäten**„Niedrigste Stufe“****Neonazi wegen Mordversuchs verurteilt.**

Das Landgericht Neuruppin hat den Brandanschlag eines Neonazis auf einen türkischen Imbiss mit einer sechsjährigen Haftstrafe geahndet. Die Schwurgerichtskammer verurteilte den ehemaligen Anführer der verbotenen „Kameradschaft Oberhavel“, Karsten G. wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Der 27 Jahre alte Rechtsextremist hatte am 3. September 2003 in Hennigsdorf zwei lodernde Brandflaschen auf das Lokal „Schallallalla“ geworfen. Die sechs Türken und Deutsche, die sich im Bistro aufhielten, entgingen knapp einer Katastrophe: Tür und Fenster waren doppelverglast. Die äußeren Scheiben wurden beschädigt, die inneren hielten stand. Der Angeklagte habe aus Rache und Ausländerfeindlichkeit gehandelt, sagte der Vorsitzende Richter Gert Wegner. „Die Antriebe zur Tat stehen auf niedrigster Stufe.“

Karsten G. war am Nachmittag des Tattages mit dem türkischen Betreiber des Bistros aneinander geraten. Dieser hatte zwei Freunde des Neonazis wegen Beleidigung angezeigt. Der Türke, ein früherer Geheimdienstmann, konnte G. überwältigen. Bevor die Polizei kam, drohte der Neonazi, Türken würden getötet und „wir fackeln hier“. Am Abend kam G. mit den Bierflaschen voll Benzin. Geistesgegenwärtig hielt ein Angestellter die Lokaltür zu. Da G. sie nicht aufreißen konnte, warf er die Flaschen gegen die Scheiben und rannte weg. Er stellte sich aber am 6. September. Tags zuvor hatte die Polizei ein Telefonat abgehört, in dem G. sagte, er habe „stümperhafte Arbeit abgeliefert“ und bereue, „dass det Ding nicht abgebrannt ist“. Der Verteidiger von G., Peter Stöckicht, will das Urteil per Revision anfechten. Stöckicht, einst Landtagsabgeordneter der NPD in Baden-Württemberg, hatte in seinem Plädoyer behauptet, bei der versuchten Brandstiftung „konnte keinem Menschen etwas passieren“. Die Staatsanwältin forderte hingegen acht Jahre Haft.

In Brandenburg wurden in den letzten Monaten mehrere Brandanschläge auf ausländische Imbisse verübt. Der Verein Opferperspektive zählte von November bis Ende Januar acht Angriffe auf Bistros, die von Migranten betrieben werden. *Frank Jansen*

Aktivitäten**Rechtes Spektakel****Jahrestag der Bombardierung Dresdens.**

Auch in diesem Jahr nutzten rechte Gruppen unterschiedlicher Couleur den Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch alliierte Truppen für ihre Propaganda. Am 13. Februar veranstaltete die Junge Landschaftsmannschaft Ostpreußen (JLO) einen Fackelmarsch mit circa 100 Teilnehmern durch die Innenstadt. Am 14. Februar riefen sämtliche rechte Gruppierungen Dresdens zum Großaufmarsch, an sich etwa 2000 Aktivisten beteiligten. Neben der NPD und den Freien Kameradschaften mobilisierte dazu wieder die JLO.

Der sächsische JLO-Vorsitzende Alexander Kleber darf laut einem Urteil der Chemnitzer Justiz als Neonazi bezeichnet werden. Kleber verlor die Klage gegen eine Freiburger Stadtzeitung, die ihn so titulierte. Selbst die Vertriebenenverbände haben sich von ihrer ehemaligen Jugendorganisation wegen deren offener Einbindung in die Neonazi-strukturen distanziert. Was allerdings das rechtskonservative Studienzentrum Weikersheim nicht daran hinderte, einen Artikel von Kleber mit einem Lamento über die Gerichtsentscheidung auf ihrer Homepage ins Netz zu stellen.

Hauptredner der samstäglichen Demonstration war der in Schweden lebende Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Im Anschluss an den Aufmarsch sorgte der NPD-Barde Frank Rennicke bei einer Saalveranstaltung des „Nationalen Bündnis Dresden“ für den musikalischen Rahmen. Das Bündnis, in dem die NPD dominiert, aber auch DVU und ehemalige Republikaner vertreten sind, will bei der Dresdner Kommunalwahl ins Rathaus einziehen.

Ihr Hauptschwerpunkt ist die offen antisemitische Kampagne „Stoppt das Libeskind-Projekt am Heeresmuseum“. Seitdem der renommierte jüdische Architekt Daniel Libeskind vom Bundesverteidigungsministerium den Zuschlag für den Umbau des militärhistorischen Museums in Dresden erhalten hatte, regt sich Widerstand – nicht nur bei offenen Neonazis. Sie stoßen auf Verständnis in rechtskonservativen und deutschnationalen Kreisen, die sich nicht daran störten, dass bei den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Bombardierung Neonazis anwesend sind und Kränze niederlegen. *Peter Nowak*

Wahlen

„Ganz leises Plopp“

Die Schill-Partei muss auf den Namen ihres Gründers verzichten. Kaum Chancen haben die Rechtspopulisten auf Einzug in die neue Bürgerschaft. Als einzige rechts-extreme Kraft tritt die NPD an.

Dass auf Plakaten abgebildete Politiker mit roten Clownsnasen, Punker-Frisuren oder Hitler-Bärtchen verunstaltet werden, gehört zum Wahlkampf wie das großzügige Verschenken von Kugelschreibern, Luftballons und Streichholzschächtelchen. Mitunter werden die bunt bebilderten Stellflächen auch von Stiefelsohlen ungehobelter Zeitgenossen traktiert. Selten kommt es jedoch vor, dass die „Aushängeschilder“ einer Partei fast flächendeckend zerstört werden. Doch genau das passiert zurzeit in Hamburg mit den Postern von Pro DM/Schill. Deren Geschäftsführer Richard Braak spricht von insgesamt 6000 zerstörten Werbeflächen in der Hansestadt, darunter zwei riesige Wandplakate im Wert von 1500 Euro. „Wir gehen davon aus, dass es sich hier um einen massiven Trupp handelt, der mit schwerem Gerät arbeitet“, vermutet Schills Anwalt Corvin Fischer in der „Hamburger Morgenpost“, die süffisant über den „Vandalismus gegen Wahlplakate“ berichtet hatte.

Die Rüpel kennen keine Gnade mit dem Konterfei von Spitzenkandidat Ronald Schill, das mit Äxten, Hämmern und Luftgewehrsalven traktiert wird. Einen besonders bitteren Beigeschmack erhielten die unkreativen Hassattacken der Randalierer durch ein Messer-Attentat, das eine Frau am 12. Februar auf Justizsenator Roger Kusch (CDU) verübte. Schill forderte derweil Polizeischutz durch Zivilfahnder für seine Plakate und stellte Strafantrag. Der Politiker sieht eine freie Wahl gefährdet und fühlt seine Partei durch die Zerstörungsaktionen benachteiligt.

Auch sonst sieht es nicht gut aus – weder für die alte, noch für die neue, von dem Düsseldorfer Millionär Bolko Hoffmann gesponserte, Schill-Partei: Die Wahlforscher taxieren die zurzeit noch Regierungsverantwortung tragende Partei Rechtsstaatlicher Offensive in der jüngsten Umfrage des Forsa-Instituts bei einem Prozent und Hoffmanns Pro DM/Schill bei drei Prozent. Das bis zum Urnengang am 29. Februar nur noch schwer zu korri-

gierende Zwischenergebnis zeigt, dass die markigen Parolen des großen Vereinfachers nur noch bei wenigen Wahlbürgern auf ein Echo stoßen. Nach dem Medieninteresse verblasst auch langsam das Publikums- sprich Wählerinteresse an den fulminanten Auftritten des Selbstdarstellers Ronald Schill. Der ehemalige Amtsrichter hat seinen politischen Zenit spätestens nach seiner Demission als Zweiter Bürgermeister und Innensenator im August 2003 überschritten.

Für Schlagzeilen sorgte zuletzt nur noch der Haider zwischen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive um Bausenator Mario Mettbach und dem durch Fusion mit Hoffmanns Pro DM (Deutsche Mitte) entstandenen Ableger Pro DM/Schill. Ende Januar wurde der Streit um die Parteinamen mit einer einstweiligen Verfügung beigelegt: Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive muss auf das Kürzel „Schill“ verzichten. Möglich gemacht hatte dies die Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 250 000 Euro, das bei Zuwiderhandlung fällig gewesen wäre. Angesichts der beträchtlichen Summe knickte die Partei Rechtsstaatlicher Offensive ein und verzichtete widerwillig auf das letzte bisschen Schill, das ihr bis zu diesem Zeitpunkt noch geblieben war. Fraktionschef Norbert Frühauf bezeichnete den Beschluss des Gerichts als „falsch und kurzsichtig“.

Schill dagegen feixte: „Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive ist mit dem dreisten Versuch der Wähler-täuschung gescheitert und verabschiedet sich mit einem ganz leisen Plopp.“ Kuriosum am Rande: Nach dem Entscheid ist der Name Schill auch im Internet geschützt. Wer „Schill-Partei“ in die Suchmaschinen eingibt, wird auf die Homepage von Pro DM/Schill verwiesen. Wer dagegen nur etwas über „Schill“ wissen will, landet prompt auf der Wer-beseite eines Kabeltrommelproduzenten im Süden der Republik.

So lustig geht's bei der NPD, die dieses Mal als einzige rechtsextreme Partei in der Hansestadt zur Wahl steht (2001 kandidierte nur die DVU, die 2004 nicht antritt), nicht zu. Die altbekannt-martialischen Parolen lauten beispielsweise: „Deutsche wehrt Euch! Nein zum EU-Beitritt der Türkei.“ Der Landesvorstand der Nationaldemokraten (Vorsitzender: Ulrich Harder) rechnet sich aber Chancen aus, „einen Achtungserfolg zu erringen“, weil die „rechten Mitbewerber“ DVU und Republikaner nicht antreten und „Schills Position geschwächt ist“.

Volker Stahl

Ausland**Günstiges Klima**

Bei den französischen Regionalwahlen im März könnte der rechtsextreme Front National Ergebnisse von 15 Prozent und mehr erzielen.

„Wird der 21. März zum 21. April?“. Diese Frage wird derzeit gern von Journalisten und Politikern gestellt. Nicht, dass dem französischen Kalender revolutionäre Umwälzungen bevor stünden. Aber am Tag des diesjährigen Frühlingsbeginns werden frankreichweit alle Regional- und ein Teil der Bezirksparlamente neu gewählt; eine Woche später findet ein zweiter Wahlgang statt. Der 21. April wiederum verweist auf die Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren. Damals waren der bürgerliche Amtsinhaber Jacques Chirac und der rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen als bestplatzierte Kandidaten aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen. Für viele Franzosen und Französinen war es ein Schock.

Sollte sich das Szenario jetzt in einigen französischen Regionen wiederholen? Daran glauben derzeit einige Beobachter. Noch weiter verbreitet ist jedoch die Annahme, dass die extreme Rechte zumindest hohe Wahlergebnisse in einigen Regionen und im Landesdurchschnitt erzielen werde.

So hatte die Parteien- und Wahlforscherin Nonna Meyer schon vor dem Jahreswechsel öffentlich erklärt, sie rechne damit, dass der Front National „leicht 17 Prozent im landesweiten Durchschnitt“ erreichen könne; dies entspräche dem Stimmenanteil von Le Pen im Jahr 2002. Denn das Klima dafür stehe günstig, angesichts mehrerer Faktoren. Dazu zählt die Abnutzung der regierenden Konservativen angesichts einer weithin als antisozial betrachteten Politik, und gleichzeitig das Ausbleiben einer halbwegs glaubwürdigen Alternative auf der Linken. Dazu gehören ferner die Ängste, die durch die EU-Osterweiterung und die deswegen befürchtete Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst werden.

Die klarste Parallele zur Konstellation der Präsidentschaftswahl zog der Chefredakteur der Pariser Abendzeitung „Le Monde“, Jean-Marie Colombani. In einem Leitartikel vom 9. Januar dieses Jahres warnte er, die Debatte rund um das Gesetz zum

Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen – das vorige Woche in erster Lesung verabschiedet wurde und den Ausschluss von Schülerinnen bei Zuwiderhandeln erlaubt –, öffne eine „wahrhafte Büchse der Pandora“.

Der liberale Journalist sieht die Eile, mit der die Konservativen gesetzgeberisch aktiv wurden, im Zusammenhang mit den anstehenden Regional- und Bezirksparlamentswahlen. Tatsächlich ist diese Verbindung auch von konservativen Politikern hergestellt worden – in Gestalt der Drohung, wenn das Verbotsgesetz nicht rasch verabschiedet würde, dann steigere dies den Stimmenanteil der rechtsextremen Partei. Dem Editorialisten zufolge herrscht dabei ein politisches Kalkül: Bleibe die extreme Rechte als einzige starke Alternative übrig, dann könne das die Konservativen über die Wahlen retten, wie bereits vor zwei Jahren Chirac. Alles in allem ein Spiel mit dem Feuer. Colombani unterstrich: „Alle haben gesehen, wie der extremen Rechten (2002) das Ausweiden des Themas ‘Innere Sicherheit’ genutzt hat. Sie wird erneut an Legitimität gewinnen, weil jetzt die Frage der ‘kulturellen Identität’ in den Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte gerückt wird.“ Man möchte hinzufügen, dass auch einige islamistische Reaktionen auf die Gesetzesvorlage ihrerseits zur „Ethnisierung“ und Aufheizung der Debatte beitrugen.

■ Debatte um das Kopftuchverbot öffnet die „Büchse der Pandora“ ■

Nicht sicher ist jedoch, ob die extreme Rechte zugleich auch in der Lage sein wird, eine französische Region zu regieren. Diesen Anspruch erhebt sie vorab besonders im südostfranzösischen Paca (Provence – Alpes – Côte d’Azur), wo der alternierende Parteigründer Jean-Marie Le Pen persönlich antritt.

Dabei steht allerdings noch nicht einmal genau fest, ob der FN-Chef überhaupt die rechtlichen Voraussetzungen für eine Kandidatur dort erfüllt. Denn dazu müsste er eigentlich kommunale Steuern in Nizza, wo er als Direktkandidat zum Marseiller Regionalparlament antritt, abführen. Doch die örtlichen Parteifreunde hatten geschlampt und das Wahllokal nur auf den Namen der Partei, statt auf jenen ihres Chefs eintragen lassen. Die Finanzbehörden blieben auf dem Stand, dass sie Le Pen keine „steuerliche Niederlassungsbestätigung“ ausstellen wollen. Der FN-Chef rief deswegen –

vergeblich – das Verwaltungsgericht an, während dem Vernehmen nach innerparteilich Köpfe zu rollen drohen.

Im Prinzip aber kann der Regionalpräfekt, der als Vertreter des Zentralstaats die Wahlunterlagen zu prüfen hat, darüber hinweg sehen. Ob er es tun wird, bleibt eine offene Frage. Könnte Le Pen nicht in Paca antreten, wird er sicherlich viel Aufhebens darum veranstalten. In einem Interview mit „Le Monde“ bezeichnete er einen solchen Eventualfall bereits als „Skandal nationaler Tragweite“.

Und was ist, wenn Le Pen doch antreten kann? Er hat es nunmehr geschafft, einmal mehr im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stehen, wegen angeblicher „Machenschaften“ gegen seine Kandidatur, um sich zum „Opfer des Systems“ aufzuschwingen. Allerdings sind dieses Mal keine Sonderbestimmungen des Wahlgesetzes an seinen Problemen schuld, sondern eigene Nachlässigkeit. Der sozialistische Regionalpräsident Michel Vauzelle jedenfalls hofft, dass ihn das Stimmen kosten werde – Le Pen habe ja dadurch „seine Inkompetenz und seinen Mangel an Vorausschau bewiesen“.

Dennoch erscheint das Klima insgesamt günstig für den Front National, der auch in den Umfragen – wo er oft unterbewertet ist – bereits die 15-Prozent-Marke überschritten hat.

■ Keine „Niederlassungsbestätigung“ für Le Pen ■

Nachdem die „Kopftuch“-Debatte seit Anfang Dezember fast alle sonstigen innenpolitischen Diskussionen überlagert hatte, kommt nun auch ein zweites Thema dem FN entgegen, ohne dass er sich selbst anstrengen müsste, es in die Köpfe zu hämmern. Ganz Frankreich hat in den letzten zwei Wochen den Atem angehalten, um zu verfolgen, wie der frühere Premierminister Alain Juppé von einem Gericht in Nanterre verurteilt wurde, weil er in den 80er und 90er Jahren ein weitverzweigtes Korruptionssystem im Pariser Rathaus organisiert hatte. Seine konservativen Parteifreunde haben deswegen eine offene Kampagne gegen die Richter begonnen, die vielen als Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz gilt. Justizminister Dominique Perben etwa hat bereits Möglichkeiten für einen Freispruch im Berufungsprozess eruieren lassen. Der Front National braucht dabei gar nicht mehr laut „Korruption“ zu rufen.

Bernhard Schmid

Ausland

Die Armee Gottes

Gewalttätige christliche Terroristen orientieren sich an Islamisten.

Militante Abtreibungsgegner in den USA rufen zu einer neuen Welle der Gewalt gegen Ärzte auf und verlangen einen „christlichen Terrorismus“. Sie verweisen dabei auf islamische Fundamentalisten als Vorbilder. „So wie die Sahne auf der Milch schwimmt, so sticht der christliche Terrorist aus der Masse der Kirchgänger hervor bei seiner Verteidigung der Unschuldigen vor ihren Mördern“, schrieb Chuck Spingola in gewohnt blumiger Sprache auf der Webseite der „Army of God“. Dort geben sich die extremsten christlichen Fundamentalisten der USA ein Stelldichein. Obwohl in den letzten Jahren die Angriffe auf Abtreibungskliniken und Ärzte zurückgegangen sind, scheint die kleine Gemeinde der gewaltbereiten christlichen Extremisten bei einer Radikalisierung der Rhetorik anzuwachsen. Spingola orientiert sich mittlerweile an Osama bin Laden: „Man könnte fragen, was Muslime und Christen gemeinsam haben? Die Bibel und der Koran verurteilen beide die Ermordung von Babies und Homosexualität als Kapitalverbrechen“, schrieb er im Internet. „Die radikalen Elemente beider Religionen sind gewillt, die Verbreitung dieser beiden Kapitalverbrechen mit mehr als nur Reden zu bekämpfen.“

In den letzten zwei Jahren hat es eine Serie von spektakulären Festnahmen gegen Verfechter der Idee des „christlichen Terrorismus“ gegeben. Männer wie Clayton Waagner, Paul Hill, James Kopp und Eric Rudolph gelten als Helden für die „Army of God“. Waagner wurde verurteilt wegen der Versendung von Drohbriefen an Abtreibungskliniken, die ein weißes Pulver enthielten, das als Milzbranderreger bezeichnet wurde, Kopp wegen der Ermordung des Arztes Barnett Slepian 1998, Rudolph erwartet seine Anklage unter anderem wegen einem Bombenanschlag gegen eine Abtreibungsklinik in Alabama und Hill wurde bereits wegen des Mordes an einem Arzt und dessen Personenschützer hingerichtet. Reverend Donald Spitz, der die „Army of God“-Webseite betreut, gibt zu, dass es sich hierbei um keine fest gefügte Organisation handelt, sondern eher um eine Form des „führerlosen Widerstandes“. Weitere Gewalttaten sind zu befürchten.

Thomas Grumke

Aktivitäten

Ostlandritter

Rechtsextremer Verein engagiert sich für Russlanddeutsche im ehemaligen Ostpreußen. Grußbotschaften haben auch Unionspolitiker übermittelt.

„Geduldiges, beharrliches Festhalten an unserem Anspruch auf ganz Ostdeutschland in jedem Vertrag, jeder Rede, jedem Gespräch“ mahnt der norddeutsche Verleger Dietmar Munier (Jg. 1954) in einem Interview mit der „National-Zeitung“ (NZ; 6/2004) aus dem Hause des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey an. Munier setzt sich, so die NZ, „seit 1991 für die Ansiedlung von Russlanddeutschen im russisch beherrschten Nordostpreußen ein.“ Erfreut zeigt sich Munier darüber, dass das Thema Vertreibung „jetzt erfreulicherweise die große Öffentlichkeit erreicht“ hat und „nicht mehr totgeschwiegen wird.“ Munier ist sich „sicher, dass dies eine Historisierung unserer Geschichte einleitet und über kurz oder lang auch zu einem politischen Wandel beitragen wird.“

Muniers Verlagskomplex umfasst den Arndt-Verlag, den Pour le Merite-Verlag, den Arndt-Buchdienst /Europa-Buchhandlung (diese tritt auch als Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versand GmbH auf); Firmensitz ist Martensrade in Schleswig-Holstein. Ein Großteil des Buch- und Video-Angebotes des Verlags- und Vertriebsdienstes von Munier besteht aus Eigenproduktionen. Im Mittelpunkt des Katalog-Angebotes stehen nationalistische Themen und eine kaum verhüllte positive Verarbeitung der Zeit des Dritten Reiches. Autoren wie der britische Holocaust-Leugner David Irving oder der notorische Antisemit Horst Mahler, wurden beziehungsweise werden als Vorkämpfer für Demokratie und freie Rede dargestellt. Ende 1999 erschien im Arndt-Verlag das Buch von David Irving „Göring. Eine Biografie“. Stolz ist Munier, wie er in der NZ ausführt, darauf, dass er neben anderen den Militärhistoriker Franz Seidler und den Ex-Militär Reinhard Uhle-Wettler zu seinen Autoren zählen kann.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz berichtete 1995 erstmals über Aktivitäten bundesdeutscher Rechtsextremisten im Gebiet des ehemaligen Nordostpreußen. Demnach unterstützen Rechtsextremisten die Wiederansiedlung von Russlanddeut-

schen im Gebiet des ehemaligen Nordostpreußen mit dem Ziel, den Weg für seine Rückgabe an die Bundesrepublik zu ebnen. Namentlich genannt wurde der rechtsextreme Verleger Dietmar Munier, vormals stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Schleswig-Holstein. Auf dessen maßgebliche Initiative entstand 1992 der Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V. Der Verein ist bis zum heutigen Tag aktiv. Vorsitzender des „Schulvereins“ ist Henning Pless, einstiger Bundesführer der extrem rechten Heimattreuen Jugend.

Ein Schwerpunkt des „Schulvereins“ ist der Aufbau der „Deutschen Schule Trakehnen“. Lehrkräfte vor Ort waren bislang unter anderem Richard Edmonds (Gründungsmitglied der rechtsextremen British National Party BNP), Herbert Fritz (Referent bei der NS-apologetischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik, Autor der „National-Zeitung“) und Götz Eberbach (Referent bei der Hilfs-gemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, HIAG, Autor des Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain aus Tübingen).

Der „Schulverein“ (Postfachadresse: Kiel) führt alljährlich im Schloss Weißenstein im bayrischen Pommersfelden seine dreitägigen Jahreshauptversammlungen durch. Auf diesen Jahrestagungen wird üblicherweise ein neuer Vorstand gewählt sowie ideologische Schulung betrieben. Im Jahr 1999 trat Horst Mahler beim „Schulverein“ als Vortragender in Erscheinung.

Bei der Jahreshauptversammlung 2003, der rund 200 Personen beiwohnten, waren als Referenten unter anderem Josef Schmid (Autor des FPÖ-Jahrbuchs 1995), Bastian Cleve (Referent beim Berliner Kolleg, das gemeinsam vom Institut für Staatspolitik und der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ausgerichtet wird), Alfred Mechtersheimer (Kopf der Deutschland-Bewegung) und Horst-Rudolf Übelacker (Vorsitzender des revanchistischen Witikobundes, Autor des Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain) geladen.

Grußbotschaften anlässlich der Jahreshauptversammlungen des „Schulvereins“ übersandten in der Vergangenheit unter anderem Hans Filbinger (CDU), Steffen Heitmann (CDU), Klaus Hornung (CDU), Heinrich Lummer (CDU) und der Verlagszar (Langen Müller Herbig) Herbert Fleissner. Im Jahr 1996 hatte auch der CSU-Politiker Michael Glos ein Grußwort beigesteuert. *Anton Maegerle*

Am Rande**„Frustrierendes Ende“****Mordprozess gegen Ex-SSler eingestellt.**

Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß von der Dortmunder Zentralstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen nennt es ein „frustrierendes und unbefriedigendes Ende“: Das Landgericht Hagen hat Anfang Februar den Mordprozess gegen den niederländischen Ex-SSler Herbertus Bikker (BnR 19/03) eingestellt. Immer wieder wurden während der rund zwei Dutzend Verhandlungstage Internisten, Psychiater, Psychologen, Kardiologen und Allgemeinmediziner gehört, um die Frage zu beantworten, ob der 88-Jährige dem Prozess geistig noch folgen konnte. Wie von den Ärzten empfohlen, reduzierte das Gericht die Verhandlungsdauer erst auf zwei, später eine Stunde pro Tag. Der elfte Gutachter schließlich sorgte für das Ende: Ein Neurologe attestierte dem Nazi-Kollaborateur eine dauerhafte Verhandlungsunfähigkeit.

Dabei hatte Bikker einiges getan, um Zweifel an seiner Hinfälligkeit zu wecken. Etwa wenn er mit dem Auto durch seine Heimatstadt kurzte, während man ihn im Krankenhaus währte. Wenn er noch die Kraft hatte, mit seinem Krückstock einen Kameramann zu attackieren. Oder wenn er sich – obwohl nicht krank – weigerte, zum Gericht zu kommen.

Der „Henker von Ommen“, wie er in seiner Heimat genannt wurde, war in den Niederlanden nach dem Krieg unter anderem wegen des Mordes an dem Widerstandskämpfer Jan Houtman zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ende 1952 gelang ihm die Flucht aus dem Gefängnis. In Deutschland war er vor weiteren Nachstellungen der niederländischen Justiz sicher. Ausgeliefert werden konnte er nicht, da er durch seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS deutscher Staatsbürger geworden war. Erst als der „Stern“ Mitte der 90er Jahre Bikker mit dem Satz zitierte: „Dann hab ich ihm den Gnadenschuss gegeben“, gab es neue Ermittlungen zum Houtman-Mord, die zum Prozess in Hagen führten. Gestützt sehen konnte sich die Anklage durch alte Vernehmungsprotokolle und durch die Zeugen, die vor Gericht zu Wort kamen. Sie berichteten von einer regelrechten Hinrichtung. Bis zu 25 Schüsse soll Bikker auf den flüchtenden Widerstandskämpfer abgegeben haben. Selbst als sein Opfer schon wehrlos am Boden lag, soll er geschossen haben. Geahndet wird das nicht mehr. *Tomas Sager*

Demokratische Initiativen**Azubis gegen Hass**

Wer mit einem Zug der Deutschen Bahn unterwegs ist, kann seit einiger Zeit eine interessante Entdeckung machen. Auf der Rückseite des Reiseplans, der in den Abteilen ausliegt, findet sich ein Aufdruck: „Frieden. Das lohnt sich garantiert.“ Und darunter ein kurzer Text mit der Überschrift „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“.

Seit September 2000 mobilisiert die Bahn ihre Auszubildenden des ersten Lehrjahres zu nachhaltigem Engagement gegen Intoleranz und Diskriminierung, für Respekt und friedliches Miteinander. „Die Beschäftigung mit dem Thema ist für alle Azubis im ersten Jahr obligatorisch“, sagt Hans-Joachim Borck aus dem Bereich Betriebliche Sozialeinrichtungen der Bahn. So erhalten die jungen Berufsanfänger Seminare zum Themenkreis Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt. Außerdem erarbeiten sie konkrete Projekte, die bei jährlich stattfindenden Aktionswettbewerben präsentiert und bewertet werden. Der „Frieden“-Aufdruck auf den Reiseplänen war einer der prämierten Beiträge.

Bis zum vergangenen Jahr hatten insgesamt mehr als 5000 Bahn-Auszubildende rund 320 Projekte in die Wettbewerbe eingebracht. Vorgestellt wurden ganz unterschiedliche Beiträge wie etwa die Patenschaft für einen jüdischen Friedhof in Plauen, Installationen oder die Beschriftung einer Lokomotive mit Motiven gegen Hass und Gewalt. In diesem Jahr kommen rund 50 weitere hinzu, die am 30. April gezeigt werden. „Das Engagement der einzelnen Jugendlichen ist unterschiedlich ausgeprägt, doch wir haben durchaus Auszubildende, die über das erste Lehrjahr hinaus bei der Aktion ‘Bahn-Azubi gegen Hass und Gewalt’ aktiv mitmachen“, so Borck. Die Bahn will mit dem Projekt zeigen, dass sie sich als größter Verkehrsdienstleister Europas ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt. Immerhin beschäftigt das Unternehmen rund 4000 ausländische Mitarbeiter aus 70 verschiedenen Nationen. Mit den Betriebsratsgremien wurde im September 2000 die Konzernbetriebsvereinbarung „Für Gleichbehandlung und kollegiales Miteinander – Gegen Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen“ abgeschlossen und gleichzeitig – mit der Gewerkschaft Transnet – das Azubi-Projekt aus der Taufe gehoben. *G.G.*

www.bahn.de/Konzern

Demokratische Initiativen**Die Lebensuhr tickt**

Ein Verein will den bei der Entschädigungsregelung leer ausgegangenen ehemaligen NS-Zwangsarbeitern helfen. Die meist über 80-jährigen Menschen benötigen schnell finanzielle Unterstützung.

Fünf Milliarden Euro sind eine Menge Geld. Diese Summe floss im Jahr 2000 in die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und anderen Opfern der NS-Diktatur; aufgebracht wurde sie nach langem Hin und Her zu gleichen Teilen von der Bundesregierung und von deutschen Unternehmen. Fünf Milliarden Euro sind viel zu wenig Geld. Längst zeigt sich, dass viele einstige Zwangsarbeiter und Nazi-Opfer nicht einmal in den Genuss einer Minimalentschädigung kommen. Manche haben zu spät von der letzten Antragsfrist – die war am 31. Dezember 2002 – erfahren, andere fallen durch den Rost der gesetzlich festgelegten Entschädigungskriterien.

In dieser Situation ruft „Kontakte – Kontakty“, ein in Berlin ansässiger Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion, zu Spenden auf. „Nach Schätzungen aus jüngster Vergangenheit leben noch rund 20 000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, denen keine Entschädigung aus der Bundesstiftung zusteht, obwohl sie zu Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen herangezogen wurden“, sagt Eberhard Radczuweit, Projektleiter im Verein Kontakte. Begründet wurde ihre Ausgrenzung mit der Genfer Konvention, nach der Kriegsgefangene zu Arbeiten gezwungen werden durften. „Dabei wird jedoch übersehen, dass die Nazis vor allem ab 1942 sowjetische Kriegsgefangene unter KZ-ähnlichen Bedingungen für die Kriegswirtschaft einsetzten“, so Radczuweit.

Ebenfalls keine Entschädigungen erhalten so genannte dislozierte Zwangsarbeiter, also Menschen, die in ihrem jeweiligen Heimatstaat für die deutsche Besatzungsmacht arbeiten mussten. Auch ehemalige NS-Zwangsarbeiter, die aus Angst vor stalinistischer Verfolgung nach 1945 ihre Papiere verschwinden ließen, konnten keine Anträge stellen. Und nicht zuletzt gehen Juden, Sinti und Roma, die sich vor Deportation und Ermordung verstecken konnten, entschädigungslos aus.

Inzwischen tickt die Uhr immer schneller. Das Gros der einstigen NS-Opfer ist achtzig Jahre und älter und benötigt schnelle, unbürokratische Unterstützung. Der Verein Kontakte hat mittlerweile in Kooperation mit regionalen Opferverbänden ersten ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Armenien und der Ukraine gespendetes Geld auszahlen können. Aber der Bedarf ist weiterhin groß. „Wenn wir nur der Hälfte der ehemaligen Kriegsgefangenen, also 10 000 Menschen, eine Unterstützung in Höhe von 500 Euro zukommen lassen wollten, bräuchten wir 5 Millionen Euro“, rechnet Eberhard Radczuweit vor.

Von einem solchen Betrag ist der Verein noch weit entfernt. Um das Projekt bekannter zu machen, ging der Verein im Januar mit dem Appell an die Öffentlichkeit, einen Tagessatz des eigenen Einkommens für die bisher nicht entschädigten NS-Opfer zu spenden. Etliche Prominente haben sich mittlerweile zu einer Spende in dieser Höhe verpflichtet; darunter der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, und Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast.

Guidrun Giese

**Verein Kontakte-Kontakty, Tel.: 030/78 70 52 88,
www.kontakte-kontakty.de, Spendenkonto: Verein
Kontakte, Berliner Volksbank, Bankleitzahl
100 900 00, Kontonummer 306 55 99 006;
Kennwort: NS-Zwangsarbeiter.**

Hinweis

Ganderkesee – Ein Deutsch-Israelisches Fachprogramm für Mitarbeiter/innen in der Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit veranstaltet der Jugendhof Steinkimmen vom 13. bis 23. Juni dieses Jahres in Israel. Die Reise führt die Teilnehmer nach Jerusalem, Tel Aviv, Haifa sowie in einen Kibbuz nahe Haifa. Auf dem Programm stehen unter anderem Informationen über die Jugend- und Sozialarbeit verschiedener israelischer Einrichtungen, Begegnungen mit Sozialarbeitern, Aufenthalt in Familien, Besichtigungen historischer und religiöser Stätten sowie Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen politischen und sozialen Themen. Vorgesehen ist auch ein Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. Die Reisekosten betragen voraussichtlich 660 Euro, Anmeldetermin ist spätestens der 15.3.2004. Information: Jugendhof Steinkimmen, Jürgen Fiege, Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee, Tel. 04222/40818, Fax. -/40839; E-Mail: fiege@jugendhof-steinkimmen.de

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 54. Jahrg., Heft 2/2004: Diesmal weiß NE etwas Positives über Juden zu sagen, über „Hitlers jüdische Soldaten“, von denen 150 000 (von dem mit jüdischer Großmutter ausgestatteten Flakoberleutnant Helmut Schmidt bis zum Generalfeldmarschall Milch) in der Wehrmacht dienten. Aber „generell lässt sich feststellen, dass unter den Verschwörern des 20. Juli 1944 keine Soldaten jüdischer Abstammung zu finden waren“, wird festgehalten. Dieses Forschungsergebnis des amerikanischen Historikers Rigg („er hat selber jüdische Wurzeln“) bewahrt aber nicht vor dem regelmäßig von NE suggerierten Bild, dass vom Jüdischen allenthalben Unheil droht. Dazu taugt selbst ein Zitat der „Edelfeder des deutschen Links-Feuilletons“ Fritz J. Raddatz, wenn es nur gegen Jüdisches (hier Hans Mayer) geht. Wolfgang Strauss liefert mit der Besprechung von Sol-schenyzyins „Buch über die russisch-jüdische Geschichte“ den Beweis der „verhängnisvollen Kollaboration zwischen atheistischen Juden und gottlosen russischen Internationalisten“, aus der Martin Hohmann schöpfte. Für Franz Schönhuber „sind heute ‘demokratische’ Wahlen ... durch Kampagnen beeinflusste Manipulationsprodukte – gesteuert von „Hollywood, Washington und Tel Aviv“. „Allein-gelassen“ würden infolge des Versagens des REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer „viele anständige und idealistisch gesonnene Patrioten durch die politische Landschaft“ irren, beklagt Schönhuber. „Sensationelle Aktenfunde eines britischen Historikers“ sollen uns jetzt NE zufolge den Beweis liefern, dass Churchill und nicht Hitler in den Zweiten Weltkrieg getrieben hat, habe er doch Rudolf Heß bei dessen „Opfergang“ in eine „Friedensfalle“ tappen lassen, obwohl Hitler „schon 1940 ...auf der Siegerstraße ... Friedensschluss“ mit Großbritannien wollte. Eine von NE vertriebenen Biografie eines „niederländischen Freiwilligen an deutscher Seite im europäischen Schicksalskampf“ preist den „Opfergang“ von 50 000 Niederländern, die sich des „Massenansturms sibirischer und mongolischer Gardedivisionen zu erwehren“ hatten. „Fast drängt sich die provozierende Frage auf, ob die Erziehung im Dritten Reich so gut war, dass junge Menschen mit Herausforderungen fertig wurden, deren ‘Bewältigung’ man sich kaum mehr vorstellen kann“, fragt ein kühner Rezensent bezüglich des Schicksals der so genannten „Kriegskinder“. (khr)

Bücherschau**Scharlatane**

In den letzten Jahren beziehungsweise Jahrzehnten gelangen als populistisch geltenden Parteien in Europa und Übersee erstaunliche Wahlerfolge. Wie erklärt sich dies, welche Ursachen spielen dafür eine Rolle? Diesen Fragen wollen die von Sozialwissenschaftlern stammenden Aufsätze eines von dem Rostocker Politikwissenschaftler Nikolaus Werz herausgegebenen Sammelbandes mit dem Titel „Populismus. Populisten in Übersee und Europa“ nachgehen.

Darin geht es um verschiedene Erscheinungsformen des Populismus in Vergangenheit und Gegenwart sowie in Detailstudien um den Populismus in unterschiedlichen Ländern wie Frankreich, Indien, Lateinamerika, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen und der Schweiz. Die Beiträge zum Populismus in der Bundesrepublik Deutschland widmen sich dem Populismus als Regierungsstil, der Schill-Partei, den REP in Baden-Württemberg und der PDS.

Überwiegend handelt es sich um informative und kenntnisreiche Aufsätze zu den jeweiligen Parteien und deren Wirken, die allerdings von unterschiedlichen Populismusverständnissen ausgehen, was letztendlich ziemlich verwirrend wirkt. Da auch das Verhältnis von Demokratie und Populismus für die meisten Autoren zumindest untereinander nicht ausreichend geklärt war, findet man eher unpassende politische Erscheinungsformen nebeneinander unter Populismus abgehandelt, ob dies die PDS oder der Front National in Frankreich ist. Eine Gleichsetzung wollen sicherlich weder die Autoren noch der Herausgeber vornehmen, insgesamt entsteht dadurch aber ein etwas irritierendes Bild, das den Leser hinsichtlich des Populismusverständnisses verwirrt zurücklässt. Gleichwohl verdienen die einzelnen Beiträge aufgrund ihrer analytischen Qualitäten Aufmerksamkeit. Dies gilt insbesondere für die Aufsätze zu Parteien, die bislang in deutschsprachigen Veröffentlichungen noch nicht näher untersucht wurden, sei dies die norwegische Fortschrittspartei von Carl Ivar Hagen oder der polnische Samoobrona unter Andrzej Lepper.

Armin Pfahl-Traugher

Nikolaus Werz (Hrsg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003 (Leske + Budrich-Verlag), 280 Seiten, 19,90 Euro.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die Dresdner Bank hat das Spendenkonto zur Solidarität mit den Betroffenen im „Landser-Prozess“ gekündigt. Unter dem Stichwort „Freiheit“ können nun spendable Kameraden Gelder auf das neue Solidaritätskonto bei der Berliner Volksbank einzahlen. Über die Kontenänderung hat unter anderem Dieter Riefling (Szenename: „Miesling“), Ex-Kader von „Blood&Honour“, die Szene mittels einer Rundmail unterrichtet.

■ **Boizenburg** – Neuer NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern ist Stefan Köster. Der langjährige frühere Landeschef Hans Günter Eisenecker, Ex-Bundesvize der NPD, war im November vergangenen Jahres verstorben, Köster übernahm dann das Amt vorübergehend kommissarisch. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden bestimmte der Parteitag der mecklenburg-vorpommerschen NPD Dirk Arendt, Lutz Dessau und Mario Kannenberg.

■ **Fürstenwalde** – Die NPD in Brandenburg wählte auf einem Landesparteitag am 25. Januar in Fürstenwalde den Pressesprecher des NPD-Parteivorstands Klaus Beier zum neuen Landesvorsitzenden. Der 37-Jährige tritt die Nachfolge des vor wenigen Wochen wegen Differenzen aus der Partei ausgestretenen Mario Schulz an. Der brandenburgische NPD-Landesverband wurde erst im Frühjahr 2003 ins Leben gerufen. Zuvor bestand ein gemeinsamer Landesverband mit Berlin, Vorsitzender war Mario Schulz.

■ **Fulda** – Die von der NPD im vorigen Jahr für einen gemeinsamen Antritt bei der Europawahl umworbene Deutsche Partei (DP) von Heiner Kappel tritt am 13. Juni doch mit einer eigenen Liste an. Angeführt wird sie vom Parteivorsitzenden Kappel selbst. Auf Platz 2 wählten die Delegierten eines Bundesparteitages in Fulda die stellvertretende DP-Vorsitzende Claudia Wiechmann, deren DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) im vorigen Jahr mit der DP fusionierte. Ihr folgen Heinrich Groth, Ex-Vorsitzender der russlanddeutschen Organisation „Wiedergeburt“, und Gudrun Petzold, die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Sozialen Union (DSU). Auf den vorderen Plätzen seien außerdem die bayerische Freie Bürgerunion (FBU) mit ihrem

stellvertretenden Vorsitzenden Walter Pfeleiderer und mit Hans Martin Kretschmer auch ein Republikaner vertreten, berichtete die DP.

■ **Hamburg/Berlin** – Mit einer zweiseitigen Großanzeige in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ rühren die extrem rechten Deutschen Konservativen (DK) die Werbetrommel für die neue Nummer ihrer „Konservativen Deutschen Zeitung“. Das „kleine ‘Zeitungs-Wunder’“, soll demnach einmal im Monat erscheinen und sei früher unter „Deutschland-Magazin“ bekannt gewesen, heißt es in der Anzeige der DK. Erschienen sind von dem Blatt bisher sechs Ausgaben.

■ **Köln** – Wegen der Bedrohung einer Aussteigerin aus der Neonaziszene ermittelt die Polizei in Köln gegen fünf Rechtsextremisten. Zu ihnen zählt auch Axel Reitz, der „Gauleiter Rheinland“ des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS). Wie die Polizei berichtete, hatten die fünf eine 18-Jährige nach ihrem Austritt aus dem KDS bedroht, unter anderem mit den Hinweisen, es gebe „eine letzte Gelegenheit zum Waffenstillstand“ und man mache sich Sorgen, „da sich viele Personen für sie interessieren würden“. Außerdem hätten sie in der Nähe ihrer Wohnung und ihrer Schule 140 Plakate mit erheblichen Beleidigungen geklebt, auf denen die Frau namentlich genannt und ihre Handynummer angegeben wurde. Einem Bericht des „Kölner Stadtanzeigers“ zufolge wurde gegen Axel Reitz Haftbefehl erlassen, der allerdings außer Vollzug gesetzt wurde, nachdem er bei den Ermittlern des Staatsschutzes Kooperationsbereitschaft gezeigt habe.

■ **Machern** – Beamte der Sonderkommission Rechtsextremismus des sächsischen Landeskriminalamts haben in Machern (Muldentalkreis) ein Sonnenstudio durchsucht. Hinter der Fassade des Sonnenstudios verbarg sich der rechtsextreme Devotionalienversand von Thomas Persdorf (32), einst Kader der zwischenzeitlich verbotenen Neonazitruppe „Blood&Honour“. Bei der Razzia beschlagnahmten die Beamten rechtsextreme CDs und T-Shirts; darunter 150 „Combat 18“-T-Shirts. Persdorf hatte zuletzt unter dem Namen Front records in Schildau (Landkreis Torgau-Oschatz) einen einschlägigen Versand betrieben.

■ **Mannheim** – Der Neonazi Christian Hehl, ehemaliges Vorstandsmitglied der JN in Rheinland-Pfalz, ist vom Mannheimer Amtsgericht freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte den

34-Jährigen wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen angeklagt und eine 10-monatige Haftstrafe gefordert. Er stand im Verdacht, bei einem Schlosser die Herstellung von Neonazi-Schmuck in Auftrag gegeben zu haben. Der mitangeklagte Schlosser räumte die Vorwürfe ein. Für 1000 Euro habe er an seinem Arbeitsplatz im Mannheimer Daimler-Chrysler-Werk über 100 Anstecknadeln, Anhänger und Feuerzeuge mit SS-Runen und Hakenkreuzen hergestellt. Zu seinem Auftraggeber machte er allerdings keine Angaben. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass Hehl hinter der Sache steckt und hat bereits Berufung gegen das Urteil eingelegt. Der Neonazi-Schmuck war bei einer Razzia im Mannheimer Clubhaus der Rockergang „Banditos“ sichergestellt worden. Hehl hatte im selben Gebäude auch mehrere Skinheadkonzerte organisiert.

■ **Pluwig** – Die der HIAG nahe stehende Kriegsgräberstiftung – Wenn alle Brüder schweigen (Stuttgart) hat die langjährigen Kontakte zu Patrick Agte (Jg. 1965), abgebrochen. Agte, alleiniger Gesellschafter-Geschäftsführer der Munin-GmbH (Pluwig), wurde mit Schreiben vom 29. Januar von der Kriegsgräberstiftung aufgefordert, ab sofort nicht mehr Überweisungsträger der Kriegsgräberstiftung in der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ beizulegen. Agte war Ehrengast beim 2. Tag des Nationalen Widerstandes am 27. Mai 2000 der NPD in Passau.

■ **Potsdam/Eberswalde** – Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat einer Pressemitteilung des Potsdamer Innenministeriums zufolge auf Antrag des Landeskriminalamts Brandenburg (LKA) erneut drei CDs wegen Gewalt verherrlichender und rassistischer Texte auf den Index gesetzt. Es handelt sich um die Titel „The Blackshirts rise again“ der Gruppe „Blackshirts“, „Affirmative Apartheid“ von „Vaginal Jesus“ und „Freiheit“ von „Stromschlag“. Die CDs waren im vergangenen Herbst bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden. Von 54 seit dem Jahr 2000 vom LKA beantragten Indizierungen von Tonträgern wegen rechtsextremer oder Gewalt verherrlichenden Inhalten wurden von der Bundesprüfstelle 35 auf den Index gesetzt, teilte das LKA mit.

■ **Osnabrück** – Am 28. Februar findet in Osnabrück eine „Nationale Kampagnendemonstration“ unter dem Motto „Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land“ statt. Als Redner sind die NPD-Funktionäre Adolf

Dammann, Martin Gotthard, Stephan Pfingsten und Ulrich Eigenfeld angekündigt. Auftreten soll ferner der freie Nationalist Thomas Wulff.

■ **Ratingen** – „Vaterländische Reisen“ bietet ein „Deutscher Klub i.Gr.“ Gleichgesinnten per Inserat in der „Jungen Freiheit“ (Ausgabe 7/04) an. Organisator der Fahrten unter anderem nach Thüringen zum Kyffhäuser oder zum Kaiser-Wilhelm-II-Museum in den Niederlanden ist Gerhard Wagner (Ratingen). Wagner ist als Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ und in „Nation&Europa“ bekannt. Er veranstaltete ehemals JF-Leser/innen-Treffen, die er später unter dem Namen „Gesprächskreis für Politik in Deutschland“ fortführte. Unlängst hat Wagner eine „Initiative Pro Freiheit“ gegründet.

■ **Weinheim** – Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert ist vom Mannheimer Landgericht in einer Berufungsverhandlung zu einer Geldstrafe von 3750 Euro verurteilt worden, weil er in einer Strafanzeige gegen den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Nürnberg, Arno Hamburger, von Hamburgers „Rasse- und Religionsgenossen“ gesprochen hatte. Nachdem die Staatsanwaltschaft bereit war ihren Berufungsantrag zurückzuziehen, lenkte auch Deckert ein und verzichtete auf einen längeren Prozess. In einem Bericht an das „National Journal“ rätselt Deckert, was den Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein so „friedlich und nachgiebig“ gestimmt habe. Immerhin liegt es an Klein, dass Deckert über fünf Jahre im Gefängnis saß. Allerdings wollte der 63-Jährige nicht ganz nachgeben: Sein Anwalt forderte, den zu Grunde gelegten Tagessatz von 25 Euro auf 10 Euro drücken. Das Gericht beschied dem Rechtsextremisten allerdings nach kurzer Beratung, dass eigentlich ein Tagessatz von 28 Euro angemessen sei. Deckert überlegt nach eigenen Angaben, ob er nun nicht doch lieber ins Gefängnis geht und die Geldstrafe in eine Haftstrafe umwandeln lässt, „da ich nach wie vor ohne eigenes Einkommen bin“ und von seiner Ehefrau „jetzt schon seit Jahren miternährt“ werde. Um ein paar Euro in die Kasse zu bekommen, will er seine für den Prozess vorbereiteten Beweisanträge als Broschüre verkaufen. Außerdem plant er einen Spendenaufruf in der Szene.

Ausland

■ **Italien (Rom)** – Zu Krawallen zwischen der Polizei und Globalisierungskritikern ist es am 31. Ja-

nuar in Neapel bei der Vorstellung der neuen neofaschistischen Partei gekommen, mit der die Duce-Enkelin Alessandra Mussolini an den Europawahlen im kommenden Frühjahr teilnehmen will. Ein Zug aus circa 1000 No-Global-Demonstranten versuchte, sich dem Platz zu nähern, auf dem Mussolini vor einigen Tausend Anhängern ihre Rede zur Vorstellung der neuen Gruppierung Alternativa Sociale hielt. Wegen des Eingriffes der Polizei kam es zu mehreren Verletzten unter den Demonstranten. Nach dem Austritt aus der postfaschistischen Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini im November will die 40-jährige Abgeordnete eine Wahlliste aus drei rechtsextremen Bewegungen – Forza Nuova, MS-Fiamma Tricolore und Fronte Sociale Nazionale – aufbauen.

■ **Tschechien (Prag)** – Wegen der Herausgabe einer tschechischen Ausgabe des Hitler-Buchs „Mein Kampf“ ohne wissenschaftlichen Begleittext ist ein Verleger in Prag zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Mit der Veröffentlichung vor vier Jahren habe sich Michal Zitko der verfassungsfeindlichen Propaganda schuldig gemacht, entschied ein Gericht in Prag Ende Januar. Zitko war bereits im vergangenen August zu 22 Monaten verurteilt worden, war aber in Berufung gegangen. Er will nun das tschechische Verfassungsgericht bemühen, denn er habe nur ein historisches Dokument veröffentlicht, betonte der Verleger. Neben tschechischen Politikern hatte auch Bayern, das die Rechte an „Mein Kampf“ besitzt, gegen die Veröffentlichung der tschechischen Ausgabe im März 2000 protestiert. Sie ist vor allem umstritten, da sie keinen einordnenden Begleittext aufweist. Nach Angaben der Prager Nachrichtenagentur CTK hatte Zitko rund 90 000 Bücher verkauft.

■ **Tschechien (Prag)** – Denis Gerasimov (27), Kopf der bekanntesten russischen Rechtskombo „Kolovrat“ (einem Synonym für das Hakenkreuz), wurde am 30. Januar auf dem Prager Flughafen wegen des Besitzes von NS-Literatur und einschlägigen T-Shirts verhaftet. Nach Auftritten von „Kolovrat“ kam es in den letzten Jahren regelmäßig zu Ausschreitungen von Skinheads. 1997 wurde der damalige Gitarrist der Gruppe wegen der Beteiligung an zwei Morden zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt.

■ **USA (Louisiana, New Orleans)** – Der inhaftierte Rechtsextremist David Duke hat angekündigt, im Falle seiner vorzeitigen Entlassung in diesem Jahr für den Kongress zu kandidieren. Duke's Sprecher

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 04/2004 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

Roy Armstrong, lange Jahre in Deutschland unter dem Namen seiner Frau, Godenau, in deutschen rechtsextremen Kreisen aktiv, kündigte an, Duke würde sich um das Mandat in seinem Heimatstaat Louisiana bemühen. Laut Armstrong bestehe die Möglichkeit, dass Duke Mitte April, nachdem er die Hälfte der zweijährigen Haftstrafe verbüßt hat, mildernde Umstände bekommt. Duke war 1989 für zwei Jahre auf dem Ticket der Republikanischen Partei in das Parlament des Staates Louisiana gewählt worden. Seine unzähligen folgenden Wahlteilnahmen für das Amt des Gouverneurs, des US Senators oder des US Präsidenten verliefen jedoch erfolglos.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bvr.de
 Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.